

# Riesauer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Telegramm-Adresse  
„Tageblatt“, Riesa.

Amtsblatt

Samstagsheft  
Nr. 20

der Königl. Amtshauptmannschaft Großenhain, des Königl. Amtsgerichts und des Stadtraths zu Riesa.

Nr. 11.

Montag, 14. Januar 1895, Abends.

48. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag Abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Vierteljährlicher Bezugspreis bei Abholung in den Expeditionen in Riesa und Striebs, den Hauptpostämtern, sowie am Schalter der telegr. Postanstalten 1 Mark 25 Pf., durch die Träger frei ins Haus 1 Mark 50 Pf., durch den Briefträger frei ins Haus 1 Mark 65 Pf. Einzelnummern (z. B. in den Ausgabestellen) bis Vormittag 9 Uhr ohne Gebühr.

Druck und Verlag von Renger & Winterlich in Riesa. — Geschäftsstelle: Kastanienstraße 59. — Für die Redaktion verantwortlich: Herr Schmidt in Riesa.

## Freibank Riesa,

Kastanienstraße 29 im Hofe.

Das Fleisch eines Kalbes gelangt morgen zum Verkauf. Der Preis beträgt 40 Pf. pro 1/2 Kg. Riesa, den 14. Januar 1895.

Der Stadtrath.  
Rieser.

### Die Umsturzvorlage im Reichstage.

Am Sonnabend endlich ist die erste Berathung der Umsturzvorlage zu Ende gekommen. Zunächst ergriff noch Abg. Verno (C.) das Wort und erklärte gegenüber dem Abg. Dr. Sigl, es sei unwahr, daß in Bayern über diese Vorlage große Missstimmung herrsche. Unzufriedenheit bestehe über die allgemeine Mißere, durch die Handel und Wandel darniederliege. Für eine weitere Beschränkung der Pressefreiheit im Sinne der Vorlage werde das Volk nicht zu haben sein. Bei einem künftigen Pressegesetz sei er für die Forderung des Befähigungsnachweises und für einen Ehrenrath für Journalisten. Der Präsident ruft den Abg. Verno nachträglich zur Ordnung wegen der Ausdrücke „Grobheit“ und „hämisch“.

Abg. Hahn (C.) bekämpft die Vorlage als Ausnahmengesetz und verwahrt das Centrum energisch gegen die Unterstellung, daß es mit feiner Haltung gegenüber der Vorlage eine do-ut-des-Politik treiben wolle. In den krankhaften Freiheiten für Handel und Gewerbe und in dem Kulturkampf lägen die starken Wurzeln der Socialdemokratie. Das Gesetz werde nur den ersten Schritt bilden und andere Schritte nach sich ziehen. (Während dieser Rede haben der Reichstanzler, sowie die Minister Dr. v. Boetticher, Hr. v. Marschall und v. Köller den Saal betreten. Der Reichstanzler wurde u. A. von dem Abg. Grafen Herbert v. Bismarck begrüßt, mit dem er sich längere Zeit unterhielt wie auch mit dem Abg. Dr. v. Bennigsen.) Abg. Hahn geht schließlich auf einzelne Bestimmungen des Entwurfs ein.

Reichstanzler Fürst zu Hohenlohe glaubt annehmen zu können, daß der Reichstag den Entwurf deswegen an eine Kommission verweise, weil er die ersten Gefahren erkenne und Abhilfe schaffen wolle. Die Regierung habe bei der Erfüllung ihrer heiligen Pflicht zwei Wege gesehen, um einen Schutzwahl für die heiligsten Güter zu schaffen: Ausnahmengesetz oder Abänderung des gemeinen Rechts. Man habe wegen der früheren Erfahrungen einen gewissen mittleren Weg eingeschlagen. Die Vorlage gelte nicht dem Kampfe der Meinungen, sondern der Methode des Kampfes. Man habe früher geglaubt, daß das Uebel in gewissen sozialen Schäden liege und daß es durch Abhilfe derselben möglich sei, dem Umsturze vorzubeugen. Dem sei jedoch nicht so. Die Fürsorge des Reiches für die Bevölkerung und die Hoffnungen der Socialdemokratie hätten keine Verührung miteinander. Seit dem Bestehen des Reichstages sei keine Session vergangen, wo nicht die Regierungen gemeinsam mit dem Reichstage für das Wohl der arbeitenden Klassen thätig gewesen und unablässig bemüht gewesen seien, auf dem Fundamente des christlichen Volkslebens weiter zu bauen. Darin sind wir von keinem anderen Lande der Welt übertroffen. Dieser Weg werde nie verlassen werden. Die Regierungen seien überzeugt, daß sie hierin auf den Reichstag rechnen können. Aber mit dem Kampfe gegen den Umsturz sei es anders; dieser Kampf richte sich gegen internationale und sociale Verbreden. In diesem Kampfe würden die Regierungen die Unterstützung der Nation und, wie er hoffe, auch die thätigste Mitwirkung der Mehrheit des Reichstages finden. (Lebhafte Beifall rechts.) Abg. Venußner (Reichsp.) fährt aus, die Reichspartei verharre auf dem von dem Freiherrn v. Stumm bereits dargelegten Standpunkte. Es sei die höchste Zeit, daß auf allen Seiten den zerstörenden Einflüssen mit Energie entgegengetreten werde.

Abg. Frohme (Soc.) erklärt, die Socialdemokratie sei allerdings eine revolutionäre Partei, aber die Gegner unterließen anzugeben, was die Socialdemokratie unter Revolution verstehe. Er bestritte die Glorifizierung anarchistischer Thaten durch die Socialdemokraten. (Oh! und Unruhe rechts.) Die ganze Kirchengeschichte bis in die neuere Zeit sei voller Beweise von hierarchischem Anarchismus. Eine anarchistische That reiße sich an die andere. Der Anarchismus sei das legitime Kind der Autorität. Die Erfinder neuer Maschinen

zu Waffenthorde seien die wahren Anarchisten der Propaganda der That. Auf den socialdemokratischen Kalendern, denen man vorwerfe, daß sie die Attentate verzeichnen, stünde auch Heinrich VIII., der seine Weiber hinrichten ließ, die Freimaurerlogen und ähnliche Verwaltungen. Die Vorschläge des Freiherrn v. Stumm zur Bekämpfung des Umsturzes hätten die Socialdemokraten nicht übersehen. Die Ausfaat der Unzufriedenheit sollen die Socialdemokraten besorgen; aber auch Andere seien Unzufriedenheit. Zeige etwa das Programm der Agrarier von Zufriedenheit? Oder zeugen die Anträge auf Erhöhung der Civilisten einzelner Fürsten von Zufriedenheit? Statt von dem socialdemokratischen Staate im Staate hätte Freiherr v. Stumm von dem absoluten Königreiche im Staate reden sollen. Herr v. Stumm seien alle diejenigen unbedeuten, welche die Nothwendigkeit socialer Reformen anerkennen. Wer es wage, dem Arbeiter zu sagen, er habe Recht, der werde in Acht und Bann gethan. Dem Vorwurfe, daß die Arbeiter sich Untreue zu schulden kommen lassen, könne er andere Namen der herrschenden Klassen entgegensetzen. Steuerhinterziehungen, Schienenfälschungen, der Bankräuber Jerusalem, die Bankiers Maß, Dirichfeld und Wolff, ferner vom Frede, der Landesdirektor Wehr. Haben Sie unter den Socialdemokraten solche gefunden, welche wegen Diebstahls oder anderer entehrender Verbrechen Gefängniß gehabt? Nein! Also lehren Sie vor Ihrer Thür. Von selbst hätten die herrschenden Klassen nichts für die Arbeiter gethan; sie hätten sich Alles abringen lassen. Die Furcht vor der Socialdemokratie sei das Motiv für die social-reformatorischen Maßnahmen. Ebenso würden die reaktionären Parteien Alles thun, um die Arbeiter um ihre wohlverdienten Rechte zu bringen. Die Vorlage sei ein Ausnahmengesetz und der Vorläufer noch viel strengerer Gesetze, die schon kommen würden. Der Centrumstreiber habe gesagt, eine darmberzige Schwester thue in einem Monat mehr, als die ganze Socialdemokratie. Aber das praktische Christenthum habe für die Arbeiter bis jetzt nichts gethan. Die Wohlthätigkeits-Einrichtungen existirten schon zur Zeit der Zünfte; unabhängig von Kirche und Arbeiterunterstützungslagen hätten sie doch weit mehr Segen gestiftet, als das Christenthum. Es sei auch ganz unecht, wenn die Unternehmer sich weigerten, zu den Arbeiterversicherungen Beiträge aus ihrer Tasche zu zahlen, denn sie verdienten doch nur durch der Hände Arbeit ihrer Arbeiter ihr Geld. Weiter sei der Vorwurf Unsinns, die Socialdemokraten wollten das Eigenthum abschaffen. Nein, sie wollten nur dem Mißbrauche desselben vorbeugen; sie sagten nicht, wie Herr von Stumm behauptete: „Nieder mit dem Kapital!“ sondern: „Her mit dem Kapital!“ (Große Heiterkeit. Appl. rechts.) Es sei ein Frevel, welche Vermäthungen der Kapitalismus anrichte in der Welt; der Anarchismus sei nichts dagegen. Man werfe den Socialdemokraten die Vernichtung von Treu und Glauben vor. Er frage dagegen: Wie man ihnen gegenüber die Gesetze auslege, daß sie werthlos würden, heiße das Treu und Glauben? Wie man die Wahlfreiheit beschränke, wenn man die Arbeiter zwingt, so zu stimmen, wie der Arbeitgeber will. Dadurch habe man bewirkt, daß das Volk anfangs, über die Socialdemokratie nachzudenken. Die Mahnung des Abg. v. Bennigsen an die Einigkeit aller Parteien wider die Socialdemokratie werde wirkungslos bleiben wegen der Unversöhnlichkeit der Gegensätze. Er erinnere daran, daß der Minister Miquel, den sich die Rechte jetzt als Finanzminister gewählt, einst gesagt habe, wie Rudolf Meyer im „Emanzipationskampfe“ des vierten Standes ausführt, es sei B.H., daß man sich zusammenhau, um den Jüngern die Köpfe einzuschlagen. (Gürtel hört bei den Socialdemokraten.) Die Monarchie sei nicht als Grundlage von Staat und Gesellschaft anzusehen. Staat und Gesellschaft werden bleiben; es werde aber die Zeit kommen, wo die Zeiten des Gottesgnadenthums vorüber seien. Die liberale Richtung habe einen großen Theil ihrer Macht gewonnen durch den Konstitutionalismus. Der bürgerliche Staat sei im Verfinstern und Verfaulen. Das Königthum wolle aber nicht mit fallen,

sondern ein sogenanntes soziales Königthum werden. Vorenz v. Stein sage, wenn das Königthum das wolle, müsse es zuerst die liberale Bourgeoisie vernichten. Der Liberalismus habe nicht gehalten, was er versprochen; er müsse deshalb für immer auf die Führerschaft verzichten. Sie haben den Arbeitern politische Freiheit versprochen, aber nicht gehalten, und zwar aus Furcht. Die Rede Bennigsens zeige, wohin der Liberalismus gekommen sei. Es werde die Zeit kommen, wo selbst von Rudimenten Ihrer Partei nichts mehr übrig ist. Er müsse gegen den in der Rede des Kriegsministers enthaltenen Vorwurf der Feigheit protestiren. Es gebe Socialdemokraten, die mehr Muth hätten als mancher milos gloriosus, mehr, als mancher Offizier im Duell zeige oder wenn er einen wehrlosen Sozialisten niederschließen gehe. (Beifall bei den Socialdemokraten.) Die Rede des Ministers von Köller sollte eine Beurtheilung der Socialdemokraten sein. Er müsse sagen: im Verhältnis zu seinem hohen Gehalt habe der Herr Minister eigentlich eine recht schlechte Rede gehalten. (Große Heiterkeit, worin Minister v. Köller einstimmt.) Er protestire gegen die Zurückweisung des Ministers, daß es keine Spitzel und keine Agents provocateurs gebe. Es sei vor Gericht festgestellt, daß die Altonaer Polizisten auf Geheiß des Polizeikommissars „Die Freiheit“ eingeführt haben. Die Fälle, die Herr von Köller für die Unwirksamkeit des gegenwärtigen Strafgesetzes angeführt habe, seien deshalb nicht verfolgt worden, weil jene Äußerungen aus dem Zusammenhang gerissen waren, weil sie im Texte, aber ganz unschuldig, standen. Herr v. Köller solle doch mit seinen Kollegen dahin wirken, daß der elende Polizeianarchismus einmal ein Ende nimmt. (Heiterkeit.) Er komme zum Schluß. (Bravo!) Sie haben allerdings Ursache, sich zu freuen, wenn das Strafgericht über Sie zu Ende ist. (Große Heiterkeit.) Greifen Sie nach oben, wie sie wollen, tagelangen Sie sich um die größten Grocken: die Socialdemokratie werden Sie durch solche Gesetze nicht unterdrücken! (Beifall bei den Socialdemokraten.)

Kriegsminister Bronsart v. Schellendorff konstatirte, daß die Socialdemokraten sich durch seine Worte getroffen gefühlt. Der Redner habe auch nicht versucht, ihn sachlich zu widerlegen, er habe einfach die Version gemacht, ihn — den Kriegsminister — anzugreifen. An mich können Sie nicht heran; mir reichen Sie nicht einmal an die Spitze meines Fuhes; ich brauche nicht einmal die symbolische Geberde der Abwehr zu machen. (Oh! Ruf: Unverschämte, was der Präsident energisch rügt, mit dem Fingerring, die Socialdemokraten brachten den Ton des Hauses herunter. Lebhafter Beifall.) Die Socialdemokraten sollten endlich die Angriffe gegen die Armee unterlassen. Sie würden den Offizieren vor, daß sie nur der Ration wegen heiratheten. Das ist im gewöhnlichen Leben eine Veleidigung! Was würden Sie sagen, wenn ich Ihnen vorwürfe, Sie handelten nicht aus Ueberzeugung, sondern um Geld? Wer lärm dann? Wenn Sie Angriffe gegen die Armee richten, so können Sie nicht verlangen, daß ich mit Ihnen als Boremonienmeister verhandle (Beifall); ich werde es stets energisch zurückweisen, wie am Donnerstag. Wenn Sie meine Person angreifen, dann bitte höflich! (Beifall.)

Minister v. Köller wies wiederholt den Vorwurf der Existenz von Spitzeln und Agents provocateurs zurück; dazu werde er niemals die Hand bieten. Wenn der Abg. Frohme von einem Polizeianarchismus gesprochen habe, so protestire er gegen die Veleidigung dieses ehrenhaften Standes auf das energischste, den er stets in seinem schweren Amte gegen solche Angriffe schützen werde. (Beifall rechts.) Abg. v. Buchta (son.) vertrat den Standpunkt der Konservativen. Mit der Vorlage allein sei es nicht gethan; es müßten auch positive Maßregeln zur Besserung der Lage ergriffen werden; namentlich müsse der Landwirtschaft geholfen werden. Bei der weiteren Ausführung dieses Gedankens rief der Vizepräsident Hr. von Duol wiederholt den Redner zur Saft. Redner führte denselben Gedanken bezüglich des Handwerkerstandes aus unter wiederholten Rufen aus dem